



Beschluss

Az. BK6-19-102

In dem Verwaltungsverfahren der

innogy Kaskasi GmbH,

Kapstadtring 7, 22297 Hamburg, vertreten durch die Geschäftsführung,

– Antragstellerin –

Verfahrensbevollmächtigte: Becker Büttner Held Partnerschaft mbH, Kaiser-Wilhelm-Straße 93, 20355 Hamburg

hat die Beschlusskammer 6 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann,

durch den Vorsitzenden Christian Mielke,
den Beisitzer Dr. Jochen Patt,
und den Beisitzer Andreas Faxel

am 09.12.2019 beschlossen:

1. Der Antragstellerin wird eine Netzanbindungskapazität von 17 MW auf der Offshore-Anbindungsleitung NOR-4-2 für Pilotwindenergieanlagen auf See im Sinne des Beschlusses vom 17.12.2018 (BK6-18-133) zugewiesen.
2. Die Zuweisung erlischt, wenn der Beschluss vom 17.12.2018 (BK6-18-133) widerrufen oder aus anderen Gründen unwirksam wird.
3. Der Widerruf bleibt vorbehalten für den Fall, dass die Antragstellerin nicht spätestens 18 Monate nach Ablauf des verbindlichen Fertigstellungstermins gemäß § 17d Abs. 2 S. 4, 9 EnWG für den Offshore-Windpark Kaskasi 2 (Erörterungstermin des Bundesamts für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) vom Datum 08.10.2014, Az. 5111/KASKASI II) die Pilotwindenergieanlagen auf See im Sinne des Beschlusses vom 17.12.2018 (BK6-18-133) in Betrieb genommen hat.

Gründe

I.

Das Verfahren betrifft die Zuweisung von Netzanbindungskapazität für Pilotwindenergieanlagen auf See gemäß § 70 Abs. 2 des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG).

1. Die Antragstellerin entwickelt den Offshore-Windpark Kaskasi 2 im Cluster 4 in der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone in der Nordsee. Sie erhielt am 27.04.2018 einen Zuschlag über 325 MW für die Offshore-Anbindungsleitung NOR-4-2 (BK6-18-001-04).

Auf Antrag der Antragstellerin vom 02.05.2018, eingegangen am 04.05.2018, stellte die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 17.12.2018 (BK6-18-133) fest, dass bis zu drei Windenergieanlagen auf See des Offshore-Windparks Kaskasi 2, bei denen die Gründungspfähle vollständig einvibriert und mit einem selbstexpandierenden Pfahlschuh versehen sind, Pilotwindenergieanlagen auf See im Sinne des § 3 Nr. 6 WindSeeG sind. Auf einen weiteren Antrag vom 02.05.2018, eingegangen ebenfalls am 04.05.2018, stellte die Bundesnetzagentur mit Beschluss vom 01.07.2019 (BK6-18-135) fest, dass bis zu

drei Windenergieanlagen auf See des Offshore-Windparks Kaskasi 2, bei denen die Gründungspfähle mit einem Kragen zur Erhöhung der Tragfähigkeit versehen sind, Pilotwindenergieanlagen auf See im Sinne des § 3 Nr. 6 WindSeeG sind.

Mit dem Flächenentwicklungsplan 2019 (FEP) vom 28.06.2019 wies das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) auf der Offshore-Anbindungsleitung NOR-4-2 eine Anbindungskapazität von 32 MW als für Pilotwindenergieanlagen auf See verfügbar aus.

2. Mit Schreiben vom 01.07.2019, eingegangen am selben Tag, hat die Antragstellerin die Zuweisung von Netzanbindungskapazität in Höhe von 17 MW auf der Offshore-Anbindungsleitung NOR-4-2 für Pilotwindenergieanlagen auf See beantragt. Nachdem die Beschlusskammer mit Schreiben vom 16.09.2019 Zweifel am Vorliegen einer Regelungslücke geäußert hat, hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 01.10.2019 den Antrag vertiefend begründet sowie auf die Zuweisung von 17 MW Netzanbindungskapazität für sechs Pilotwindenergieanlagen auf See, die an bestimmten Standorten errichtet werden sollen, konkretisiert. Auf weiteren Hinweis der Beschlusskammer mit Schreiben vom 13.11.2019 hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 21.11.2019 ihren Antrag geändert und beantragt nunmehr,

die Zuweisung von 17 MW Netzanbindungskapazität auf dem Netzanbindungssystem NOR-4-2 für Pilotwindenergieanlagen auf See im Sinne des § 3 Nr. 6 WindSeeG, deren PWEA-Eigenschaft mit Beschluss der BNetzA vom 17.12.2018 (BK6-18-133) festgestellt wurde und die auf den Lokationen K01 und K09 im Offshore-Windpark Kaskasi 2 (Az. des BSH: 5111/Kaskasi II) errichtet und betrieben werden.

Die Antragstellerin stützt ihren Antrag auf § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG. Zwar sei der Antrag nicht entsprechend dem Wortlaut gleichzeitig mit dem Antrag auf Feststellung der Pilotwindenergieeigenschaft gestellt worden, jedoch sei § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG analog anzuwenden.

Es liege eine planwidrige Regelungslücke vor. Das WindSeeG regle nicht, wie vorzugehen sei, wenn ein Antrag nach § 68 WindSeeG gestellt werden solle, der Flächenentwicklungsplan aber noch gar nicht existiere. Der Gesetzgeber habe die hier konkret ent-

standene Situation nur unter Aufbietung geradezu hellseherischer Fähigkeiten sehen können. Es sei für den Gesetzgeber nicht vorhersehbar gewesen,

- dass in der zweiten Ausschreibung ein Projekt einen Zuschlag erhalte, das willens ist, ausreichend ausgereifte Innovationen zu erproben,
- dieses Projekt an einer Offshore-Anbindungsleitung mit freier Kapazität liegen würde,
- der FEP zu einem späteren Zeitpunkt auf dieser Offshore-Anbindungsleitung Kapazität für Pilotwindenergieanlagen auf See ausweisen werde,
- es sich um ein Projekt handeln würde, dass so früh realisiert werden solle, dass es nicht auf die Bekanntmachung des FEP warten könne, zumal im Zeitpunkt des Antrags auf Feststellung der Pilotwindenergieanlage noch kein FEP-Entwurf vorliegen würde.

Jedenfalls ergäben sich aus den Gesetzesmaterialien keinerlei Hinweise auf eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers, die Zuweisungsmöglichkeit nicht auf Pilotwindenergieanlagen auf See zu erstrecken, deren Eigenschaft als Pilotwindenergieanlagen auf See vor Bekanntmachung des Flächenentwicklungsplans beantragt oder festgestellt wurde. Allein die theoretische Erkennbarkeit von regelungsbedürftigen Konstellationen könne nicht ausreichen, eine planwidrige Regelungslücke abzulehnen.

Ziel von § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG sei es, eine effiziente Nutzung und Auslastung von Offshore-Anbindungsleitungen herbeizuführen. Eine Unzulässigkeit dieses Antrags stünde diesem Ziel entgegen, da die Kapazität dauerhaft ungenutzt bliebe.

Denkbare Gründe für das Gleichzeitigkeitserfordernis könnten die Vermeidung von überflüssigem Verwaltungsaufwand sowie die Vermeidung von Vorratshaltung sein. Es werde abgesichert, dass eine ausreichend ausgereifte Innovation vorliegen. Diese Gefahr bestehe hier nicht.

Es bestehe eine vergleichbare Interessenlage. § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG schaffe Zugang zu Netzanbindungskapazität für Pilotwindenergieanlagen auf See. Der Anreiz des § 69 Abs. 2 WindSeeG werde dadurch für Projekte verstärkt, die bereits über Kapazität verfügen. Diese Interessenlage liege bei der Antragstellerin ebenfalls vor und es seien keine Gesichtspunkte erkennbar, die ein Ungleichbehandlung rechtfertigten.

Die Antragstellerin weist vorsorglich darauf hin, dass ihrer Auffassung nach die mit Schreiben vom 21.11.2019 vorgenommene Antragsänderung keine Aufgabe der Rechtsauffassung der Antragstellerin impliziere und ein Zuweisungsanspruch dem Grunde nach für alle Windenergieanlagen, deren Eigenschaft als Pilotwindenergieanlage auf See erfolgreich beantragt wurde, bestehe.

Für die Bestimmung des Zeitpunkts, zu dem mit einer Inbetriebnahme der beiden Pilotwindenergieanlagen auf See zu rechnen sei, sei es sachgerecht, auf § 59 WindSeeG abzustellen. Es sei daher spätestens 18 Monate nach dem verbindlichen Fertigstellungstermin mit einer Inbetriebnahme zu rechnen.

3. Die Beschlusskammer hat dem BSH den ursprünglichen Antrag mit Schreiben vom 22.07.2019 mit der Gelegenheit zur Stellungnahme zugeschickt. Dabei hat die Beschlusskammer Zweifel am Vorliegen einer Regelungslücke, die eine analoge Anwendung ermöglicht, geäußert.

Das BSH führt in seiner Stellungnahme vom 18.09.2019 im Wesentlichen aus: Das BSH teile die Zweifel der Beschlusskammer daran, dass eine planwidrige Regelungslücke vorliege. Darüber hinaus dürfte es auch an einer Vergleichbarkeit der Interessenlage fehlen, denn die Antragstellerin sehe nicht vor, die zusätzliche Kapazität auf spezifische Standorte für Pilotwindenergieanlagen zu verteilen, wie es in § 70 WindSeeG vorgesehen sei, sondern plane eine Verteilung über den ganzen Offshore-Windpark. Diese Verteilung – unabhängig davon, ob es sich um eine Pilotwindenergieanlage handelt oder nicht – dürfte systemwidrig sein, da nach Gesetzeszweck und -wortlaut die Netzanbindungskapazität für eine Pilotwindenergieanlage zuzuweisen sei, die sich regelmäßig außerhalb kommerzieller Windparks befinde.

4. Die Beschlusskammer hat ferner dem anbindungspflichtigen Übertragungsnetzbetreiber TenneT TSO GmbH (TenneT) Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. TenneT erklärt im Wesentlichen, dass das Vorhaben vorbehaltlich der tatsächlichen Parameter der 155-kV-Drehstromkabel aus technischer und raumordnerischer Sicht voraussichtlich durchführbar sei. Eine Bestätigung des Antrags vor der Auftragsvergabe der 155-kV-Drehstromkabel könne nur im Ermessen der Bundesnetzagentur erfolgen.

5. Die Beschlusskammer hat den Antrag am 12.08.2019 auf ihrer Internetseite veröffentlicht und im Amtsblatt 16/2019 über die Einleitung des Verwaltungsverfahrens informiert. Die Beschlusskammer hat keine weiteren Stellungnahmen zu dem Antrag erhalten.

6. Mit Schreiben vom 29.11.2019 hat die Beschlusskammer dem BSH einen Entwurf dieses Beschlusses zur Herstellung des Benehmens übersandt. Das BSH hat mit Schreiben vom 06.12.2019 mitgeteilt, dass nach Konkretisierung des Antrags um standortspezifische Angaben zu den geplanten Pilotwindenergieanlagen auf See die mit Stellungnahme vom 18.09.2019 geäußerten Bedenken des BSH nicht mehr fortbestünden.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Dem Antrag wird stattgegeben.

1 Die Regelung nach Tenorziffer 1 beruht auf § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG. Die auflösende Bedingung nach Tenorziffer 2 beruht auf § 70 Abs. 2 S. 4 Nr. 1 WindSeeG i. V. m. § 36 Abs. 1, 2 Nr. 2 VwVfG. Der Widerrufsvorbehalt nach Tenorziffer 3 beruht auf § 70 Abs. 2 S. 4 Nr. 1 WindSeeG i. V. m. § 36 Abs. 1, 2 Nr. 3 VwVfG.

2 Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die vorliegende Entscheidung folgt aus § 70 Abs. 2 S. 1 WindSeeG. Die Beschlusskammer ist zur Entscheidung gemäß § 78 Abs. 2 WindSeeG ermächtigt.

3 Der zuletzt gestellte, konkretisierte Antrag vom 29.11.2019 ist begründet.

Nach § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG weist die Bundesnetzagentur auf Antrag, der zusammen mit dem Antrag auf Feststellung einer Pilotwindenergieanlage auf See nach § 68 WindSeeG gestellt werden muss, im Benehmen mit dem BSH dem Betreiber einer Pilotwindenergieanlage auf See Netzanbindungskapazität auf einer Offshore-Anbindungsleitung zu, die im Flächenentwicklungsplan nach § 5 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 WindSeeG als verfügbar ausgewiesen ist.

3.1 Der Flächenentwicklungsplan vom 28.06.2019 weist auf der Offshore-Anbindungsleitung NOR-4-2 32 MW Netzanbindungskapazität für Pilotwindenergieanlagen auf See aus.

3.2 Eine Anwendung des § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG in direkter Anwendung scheidet allerdings aus, da der vorliegende Antrag nicht zusammen mit einem Antrag auf Feststellung einer Pilotwindenergieanlage auf See gestellt worden ist. § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG ist jedoch auf den vorliegenden Fall analog anzuwenden.

3.2.1 Es liegt eine planwidrige Regelungslücke vor.

Eine Regelungslücke liegt vor, wenn die bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht eingreifen.¹ Dies ist vorliegend der Fall. Zwar hat der Gesetzgeber als Voraussetzung für eine Kapazitätszuweisung die gleichzeitige Antragstellung mit dem Antrag nach § 68 WindSeeG normiert. Eine ausdrückliche Regelung, wie mit Anträgen zu verfahren ist, die sich auf Pilotwindenergieanlagen beziehen, für die vor der erstmaligen Bekanntmachung des Flächenentwicklungsplans ein Antrag nach § 68 WindSeeG gestellt worden ist, hat der Gesetzgeber jedoch nicht getroffen.

Die Regelungslücke ist planwidrig. Eine planwidrige Regelungslücke liegt vor, wenn die fehlende Regelung keine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers ist.² Vorliegend lässt sich weder feststellen, dass der Gesetzgeber bewusst keine Entscheidung getroffen hat, noch dass der Gesetzgeber die Fallkonstellation nicht gesehen hat. Insbesondere sind die Gesetzesmaterialien insoweit unergiebig. Soweit die Antragstellerin ausführt, dass der Gesetzgeber „hellseherischer Fähigkeiten“ bedurft habe, um die vorliegende Konstellation zu erkennen, trifft dies nicht zu. Die von der Antragstellerin genannten Umstände waren im Zeitpunkt der Beschlussfassung des Gesetzes durchaus als Möglichkeit erkennbar. Indessen ist der Antragstellerin dahingehend zuzustimmen, dass aus der Vorhersehbarkeit der vorliegenden Konstellation nicht zwingend folgt, dass eine bewusste Entscheidung des Gesetzgebers gegeben ist, die Konstellation nicht zu regeln. Es liegt somit eine sog. „indifferente Lücke“ vor, das heißt, der Gesetzgeber hat weder eine bewusste Entscheidung für noch gegen die analoge Anwendung getroffen.³ Es ist

¹ Schmidt, Die Analogie im Verwaltungsrecht, VerwArch 2006, 139, 142.

² Schmidt a. a. O., S. 143.

³ Vgl. Schmidt a. a. O., S. 143.

somit im Wege der Auslegung zu bestimmen, ob die Regelung für den vorliegenden Sachverhalt den Umkehrschluss rechtfertigt, dass eine Kapazitätszuweisung ausgeschlossen ist, oder aber eine analoge Anwendung möglich ist. Der dafür maßgebliche Sinn und Zweck des § 70 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 WindSeeG spricht indessen für eine analoge Anwendung auf die vorliegende Konstellation und gegen einen Umkehrschluss.

Durch die gleichzeitige Antragstellung wird eine feste Verbindung zwischen Kapazität und Innovation hergestellt. Das hat mehrere Auswirkungen:

Zum einen ist die Antragstellung auf Kapazitätszuweisung erst sinnvoll möglich, wenn bereits ein – aus Sicht des Antragstellers – vollständiger Antrag nach § 68 WindSeeG gestellt werden kann. Das hat insbesondere Auswirkungen auf die Möglichkeiten, einen hohen Rang nach § 70 Abs. 2 S. 2 WindSeeG zu erlangen. Denn stellt der Antragsteller den Antrag zu früh, läuft er Gefahr, dass die mit Antragstellung eingereichten Unterlagen nicht ausreichen, die Eigenschaft einer Pilotwindenergieanlage auf See zu belegen (§ 68 S. 2 WindSeeG). Der Antrag nach § 68 WindSeeG wird in diesem Fall abgelehnt und der Antrag auf Netzanbindungskapazität wird gegenstandslos.

Zum anderen wird durch die gleichzeitige Antragstellung eine Zweckbindung der zugewiesenen Kapazität für eine ganz konkrete Innovation hergestellt. Das erschwert Mitnahmeeffekte und stellt sicher, dass – etwa im Fall der Nichtrealisierung – der Betreiber der Windenergieanlagen die Kapazität nicht zweckwidrig und in Umgehung des Teils 3 des WindSeeG für normale Windenergieanlagen auf See verwendet.

In der vorliegenden Konstellation wird dieser Sinn und Zweck im Ergebnis ebenfalls erreicht. Die Antragstellerin hat den Antrag nach § 68 WindSeeG bereits vor diesem Antrag gestellt. Die Beschlusskammer hat dem Antrag nach § 68 WindSeeG mit Bescheid vom 17.12.2018 – mithin ebenfalls vor Antragstellung im vorliegenden Verfahren – stattgegeben. Die Möglichkeit, sich durch verfrühte Antragstellung auf Kapazitätszuweisung einen zu hohen Rang nach § 70 Abs. 2 S. 2 WindSeeG zu verschaffen, ist vorliegend als ebenso wirksam ausgeschlossen wie bei gleichzeitiger Antragstellung.

Die Antragstellerin hat ferner durch Schreiben vom 21.11.2019 ihren Antrag auf zwei konkrete Pilotwindenergieanlagen auf See mit einer konkreten Innovation bezogen. Damit wird die erforderliche Zweckbindung der Kapazität zu konkreten Pilotwindenergieanlagen auf See – anders als im ursprünglichen Antrag – hergestellt.

Somit ist für die vorliegende Konstellation einer Antragstellung vor erstmaliger Bekanntmachung des Flächenentwicklungsplans für einen Umkehrschluss kein Platz. Vielmehr ist hinsichtlich der Zeit vor der erstmaligen Bekanntmachung des Flächenentwicklungsplans von einer planwidrigen Regelungslücke auszugehen.

3.2.2 Es liegt auch eine vergleichbare Interessenlage vor, die eine analoge Anwendung rechtfertigt. Wie ausgeführt, werden in der vorliegenden Konstellation die Zwecke der Tatbestandsvoraussetzungen ebenso gut wie bei gleichzeitiger Antragstellung erreicht. Es sind keine Gesichtspunkte erkennbar, die gegen eine Übertragbarkeit der Rechtsfolge des § 70 Abs. 2 WindSeeG auf den vorliegenden Fall sprechen.

3.3 Dem Antrag ist damit – wie tenoriert – stattzugeben. § 70 Abs. 2 WindSeeG vermittelt dem Antragsteller bei Vorliegen der tatbestandlichen Voraussetzungen einen Anspruch auf die Zuweisung. Entgegen der Einlassung der TenneT TSO GmbH steht der Beschlusskammer insoweit kein Ermessen zu.

4 Die auflösende Bedingung nach Tenorziffer 2 ist recht- und zweckmäßig.

Die zugewiesene Kapazität dient der Anbindung von den im geänderten Antrag konkret genannten Pilotwindenergieanlagen auf See. Sollten die Anlagen durch Widerruf des Beschlusses vom 17.12.2018 (BK6-18-133) ihre Eigenschaft als Pilotwindenergieanlagen auf See verlieren, verliert die Zuweisung ihren Zweck. Es ist zweckmäßig, für diesen Fall eine auflösende Bedingung vorzusehen, da bei Eintreten der Bedingung keine weiteren Ermessenserwägungen notwendig sind. Denn im Rahmen des Widerrufs des Beschlusses vom 17.12.2018 wären alle für und gegen einen Widerruf sprechende Belange – einschließlich der Belange der Antragstellerin – zu würdigen und abzuwägen.

Soweit die Antragstellerin vorsorglich an ihrer Rechtsauffassung festhält, dass in diesem Fall ein Anspruch auf Zuweisung der Kapazität für andere Pilotwindenergieanlagen auf See bestünde, kann dies vorliegend dahinstehen. Diese Frage wäre nötigenfalls in einem neuen Antragsverfahren zu entscheiden.

5 Der Widerrufsvorbehalt in Tenorziffer 3 ist recht- und zweckmäßig.

Für den Fall, dass die Antragstellerin die Pilotwindenergieanlagen auf See nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums errichtet und in Betrieb nimmt, verliert die vorliegende Zuweisung ihren Sinn. Die §§ 68 ff. WindSeeG verfolgen das Ziel, kurzfristig technische Fortentwicklungen umzusetzen, damit die Vorteile dieser Innovationen in weiteren Projekten realisiert werden können.

Die Frist für die Errichtung und Inbetriebnahme der Pilotwindenergieanlage auf See orientiert sich an den Angaben der Antragstellerin. Die Beschlusskammer geht daher davon aus, dass die Frist aus Sicht der Antragstellerin angemessen ist. Entgegenstehende Anhaltspunkte liegen der Beschlusskammer nicht vor. Eine Orientierung an § 59 WindSeeG ist jedenfalls für den vorliegenden Fall, in dem die Pilotwindenergieanlagen innerhalb eines größeren Windparks entstehen, zweckmäßig.

Der Widerrufsvorbehalt ist verhältnismäßig. Insbesondere besteht die Möglichkeit, besondere Umstände zu berücksichtigen, die gegen einen Widerruf sprechen könnten, wenn die Errichtung und Inbetriebnahme nicht fristgemäß erfolgt. Mildere, gleich wirksame Maßnahmen sind nicht ersichtlich.

6 Vorsorglich weist die Beschlusskammer darauf hin, dass mit der vorliegenden Entscheidung keinerlei Aussage hinsichtlich einer Planfeststellung oder -genehmigung der Pilotwindenergieanlagen auf See verbunden ist.

Die Erhebung von Kosten bleibt einem gesonderten Verfahren vorbehalten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und die Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 78 Abs. 1 WindSeeG i. V. m. § 76 Abs. 1 EnWG).

Christian Mielke
Vorsitzender

Dr. Jochen Patt
Beisitzer

Andreas Fixel
Beisitzer